

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
semestraler Bestellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Anheftungsgel-
dühr. Bestellungen werden von allen
Nachsendungen angerechnet.
Im ausländischen Bezugspreis
unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Vertrauensleute von 10/1, 6/5 12/1 u. Nr.
[Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. — Expeditions: Nr. 176.]

Saale-Beitung.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

wenden die Spaltenzahl oder den
Raum mit 30 Pf., solche mit mehr
20 Pf. berechnet und in der Expedition,
von unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Bekanntlich die Seite 75 Pf.
Erhalten insbesondere postpaid;
Sonntags und Feiertagen einmal,
sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Nr. 54.

Halle a. d. Saale, Montag, den 2. Februar

1903.

Eine Verschärfung des Venezuela-Konflikts?

Viel Vorbereden sind bisher für Deutschland bei dem Kriegsspielchen in Venezuela nicht zu hoch gewesen und Graf Bülow hätte das deutsche Ansehen vielleicht besser gewahrt, wenn er England seinen Weg allein hätte gehen lassen, statt darum anzuhäufeln, es begleiten zu dürfen. So schreiben wir am Schluß unserer letzten Wochenchau, und fast scheint es, als ob die Venezuela-Affäre neuerdings eine Entwicklung nehmen wollte, die diese unsere Ansicht, die übrigens von verschiedenen Seiten aus im Höchstgrade zum Ausdruck gebracht wurde, in noch höherem Grade als der bisherige Verlauf der Dinge zu befähigen geeignet wäre. Schon gestern waren wir in der Lage, zu melden, daß die mit dem amerikanischen Vertreter in Venezuela, Woven, geführten Verhandlungen ihres Resultates insofern noch harrten, als die an der Blockade beteiligten Mächte, Deutschland, England und Italien, auf den Vorschlag, die Fülle von La Guayra und Puerto Cabello bis zu 30 Proz. als Garantie für ihre Forderungen anzusehen, bisher nicht geneigt waren, ein Jögern, das im letzten Grunde wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Mächte unter sich erst wieder eines Meinungsabstimmens zu pflegen haben. Aber Woven scheint es sehr eilig zu haben, und so verfuhr er, einem an den englischen Minister des Äußeren Lord Lansdowne gelangten Telegramm des englischen Vorkämpfers in Washington zufolge, auf die Einschließung der Mächte insofern einen Druck auszuüben, als er unter der Hand droht, er werde sich, falls kein Vorschlag abgelehnt werden sollte, an die Vertreter der übrigen Mächte, die Ansprüche an Venezuela haben, wenden und ihnen erklären, daß Venezuela durch die drei verbündeten Mächte gezwungen werden sollte, sich einem Plane zu fügen, der die Interessen Frankreichs, Belgiens, Schwedens, Norwegens, Spaniens, Dänemarks, Hollands und der Vereinigten Staaten ernstlich gefährde. Wenn das geschähe, so heißt es in dem Telegramm des englischen Vorkämpfers weiter, werde erwartet, daß Frankreich sofort in London, Berlin und Rom Vorstellungen erheben und gegen diese Eingriffe in seine freieren Abmachungen mit Venezuela zur Sicherstellung seiner Ansprüche Einspruch erheben werde. Die übrigen Gläubiger Venezuelas würden sich dann wohl Frankreich anschließen. Es besteht Grund anzunehmen, daß Frankreich bereits in Amerika sondiert habe, wie weit wohl seine Interessen in Venezuela mit denen Amerikas übereinstimmen. Es heißt, daß zwischen den Forderungen dieser beiden Mächte hinreichende Ähnlichkeit bestehe, um beide zum Widerstand gegen jede Politik der verbündeten Mächte zu vereinen, die dahin geht, diese Interessen zu nichte zu machen oder zu schwächen; Amerika u. V. habe durch die „Venezuela Claims Commission“ sich eine beträchtliche Summe zusprechen lassen, von der Venezuela Notizen zu zahlen habe. Diese Zahlungen seien in der letzten Zeit im Rückstande geblieben, und da das Geld zum großen Teile aus den Einkünften herrühre, so habe Amerika wohl ein gutes gesetzliches Recht darauf, gegen jedes Verhalten der Verbündeten zu protestieren, das den Schuldner verbündete, seine Verpflichtungen Amerika gegenüber zu erfüllen. Frankreich andererseits habe sich durch Vertrag und Unterhandlungen die Zahlung seiner Forderungen an Venezuela gesichert. Es sei der Ansicht, daß weder sein Schuldner zu Grunde gerichtet werden dürfe, noch die Mittel Venezuelas, aus denen es seine Zahlungen an Frankreich begleiche, geschwächt werden dürften, wie es der Fall sein würde, wenn irgend eine Vorzugsbehandlung zugelassen würde. Alle diese Angaben bedeckten, Frankreich und Amerika zu einer Politik zusammenzuführen, die wahrscheinlich zu einem Streit mit derjenigen der Verbündeten führen werde.

Die Meldung von diesem angeblichen Inhalt des an Lord Lansdowne gelangten Telegramms wird vom Reuterschen Bureau verbreitet und man braucht sie deshalb nicht ohne weiteres für bare Münze zu nehmen, aber einen Kern von Tatsachen scheint sie doch zu enthalten, denn auch von anderer Seite werden Nachrichten verbreitet, die darauf hindeuten, daß irgendwo Neigung besteht, den Blockademächten Schwierigkeiten zu bereiten und sie womöglich gar um die Früchte ihrer Aktion zu bringen. „Kassans Bureau“ meldet nämlich zur selben Zeit wie Reuters als bereits schon geschehen, was das englische Bureau erst in Aussicht stellt: Frankreich habe als Führer der Vereinigung von Staaten, die Ansprüche gegen Venezuela haben, in Washington bereits Schritte getan, um zu verhindern, daß die verbündeten Mächte für ihre Ansprüche von Venezuela eine Vorzugsbehandlung erzwängen. Der französische Geschäftsträger brachte, so heißt es, im Auftrag seiner Regierung die Frage der Vorzugsbehandlung dem Staatssekretär Day gegenüber zur Sprache und führte dabei aus, daß Frankreich und Amerika sich in fast genau gleicher Lage befinden und Amerika ein gutes gesetzliches Recht habe, gegen die Forderungen der verbündeten Mächte Einspruch zu erheben. Auch der holländische Gesandte soll dem Staatssekretär Day Schritte angedeutet haben, um auf die verbündeten Mächte einen diplomatischen Druck auszuüben, damit sie auf die Vorzugsbehandlung verzichten, was soll aber bisher weder dem einen noch dem anderen genehmigt worden.

End all diese Nachrichten an sich auch geeignet, die Ausichten auf eine baldige befriedigende Beilegung der Venezuela-Affäre trüber zu stimmen, so liegt unseres Erachtens zunächst doch kein Grund vor zu der Bestätigung, daß das

Vorgehen Frankreichs und sein Bemühen, Amerika auf seine Seite zu bringen, irgendwelche Konflikte zwischen den beiden Staaten-Koalitionen zur Folge haben könnte. Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekostet wird, und vielleicht verrecknet sich Frankreich ganz gewaltig in seiner Annahme hinsichtlich der Vereinigten Staaten. Eine Regierung, unter deren Augen und durch deren Organe die Vergleichsverhandlungen zwischen Venezuela und den Mächten bisher geführt wurden und von der mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß sie die Vorschläge ihres Beauftragten inspiriert hat, kann nicht plötzlich aus dem einen Extrem ins andere fallen und insgeheim zu verhindern suchen, was sie selbst in Vorschlag gebracht hat, zumal anzunehmen ist, daß sie sich nichts in Vorschlag bringen wird, was, wie Woven zu behaupten gewillt sein soll, ihre eigenen Interessen schädigt. Wenn auch in den Vereinigten Staaten die Stimmung der Bevölkerung sehr häufig für die Politik des Kabinetts ausschlaggebend zu sein pflegt, so hat man bisher doch keinen Grund zu der Annahme, daß diese Politik auch loyal werden kann, daß die Vereinigten Staaten auch in der Lage ist, die Regierung der Vereinigten Staaten und insbesondere seinen Vorkämpfer derart zu beeinflussen, daß sie von der Politik des ehelichen Malters zu einer Politik der Intrigue übergehen. Auch von Frankreich müßten wir bis auf weiteres nicht glauben, daß es Verluste fürchten könnte, ohne Not Differenzen mit England und Deutschland und mit Italien heraufzujubeln, zumal es ihm ja unbenommen bleibt, seine Ansprüche an Venezuela auf demselben Wege geltend zu machen, den die Blockademächte, des ewigen Nachhins durch Castro mitle, gewählt haben. Inzwischen ist auch der deutsche Geschäftsträger, Baron Sped von Sternburg, in Washington eingetroffen und hat sich durch einen kurzen formellen Besuch beim Präsidenten Roosevelt die Möglichkeit geschaffen, sprachlich in die Verhandlungen einzugreifen. Roosevelt sprach dabei die Hoffnung aus, dem Geländeten möge es gelingen, die Lösung der jähwährenden Fragen alsbald herbeizuführen, und die diplomatischen Gesichtspunkte Sternburgs darf man vertrauen, daß sie die Schwierigkeiten, die sich der Lösung der Venezuela-Affäre jetzt aneinander entgegenzustellen drohen, zu überwinden wissen werden. Auch wenn die Mächte den Vorschlag Wovens annehmen und für seine schnelle Inangriffnahme sorgen, bleibt den übrigen Mächten Spielraum genug, die ihnen von Venezuela direkt gegebenen Garantien zur Einlösung zu bringen. Zu einem Konflikt, wie ihn einzelne deutsche Blätter auf Grund der neuer-Nennung bereits entstehen lassen, ist die Venezuelafrage jedenfalls nicht geeignet; lediglich die Beilegung der Monroe-Doktrin vermöchte ihr einen weiteren Anstoß zu geben und in dieser Hinsicht hat der neue deutsche Geschäftsträger die unmaßstäblichen Wirksamkeiten mit nach Washington genommen. In Berlin besteht der dringende Wunsch, die Blockade sobald wie möglich aufzuheben, und dieser Wunsch an sich bietet schon eine gewisse Gewähr dafür, daß man verstehen wird, allen weiteren Veränderungen aus dem Wege zu gehen. Man beginnt eben einzusehen, daß Vorhaben in Venezuela nicht zu holen sind. Das Ansehen des Deutschen Reichs basiert auf ganz anderen Faktoren, als sie dem südamerikanischen Staate gegenüber in Frage kommen; auch in der Weltpolitik müssen Stärke und Wirkung in einem Verhältnis zu einander bleiben, auch in der Weltpolitik darf man nicht mit Kanonen auf Spahen schießen, wenn man nicht will, daß der Widerspruch der Schiffe die Geier munter machen soll. Sch.

Deutsches Reich.

Gold- und Fremdenverkehr.
Aus Dresden erhalten wir folgende Mitteilungen unseres Korrespondenten: Mit aller Entschiedenheit treten die nachgebendsten höchsten Mächte der Legende entgegen, der Kronprinz verzichte auf das Recht der Ehrenfolge und habe beim Kaiser um Enthebung von allen militärischen Stellen nachgehakt. Die Delegationen haben außerdem Driss sofort Entschuldigungen erlassen und erklären, daß die betreffenden Bestimmungen auf keinen Kombinationen beruhen und jeder Begründung entbehren. Was geradezu aberneuert ist, daß die Nachricht der „Riff-Bl.“ besagt, die Bevölkerung zeige sich dem Kronprinzen gegenüber fester als früher, und man habe ihm auf der Straße zugerufen, die Kronprinzessin solle weiter kommen. Außer dem herr. Korrespondenten, welcher in Dresden sehr wenig etwas davon. Dagegen zu merken ist die Zweifel an der vollen Zurechnungsfähigkeit der Ex-Kronprinzessin. So schreibt der Hamburger Korrespondent: „Gerade die Ungeheuerlichkeit ihres Tuns macht es meines Erachtens notwendig, daß ihre Zurechnungsfähigkeit ernstlich geprüft werde, und in Uebereinstimmung mit dem Hamburger Blatte mecht eine Zurechnung an die „Todesurtheil“, es müßte doch eine längere Prüfung des Geisteszustandes der Prinzessin zu erwägen sein, ehe ein nicht anfechtbarer Gerichtspruch erfolgt. Freilich verheißt die Zurechnungsfähigkeit auch die Schwierigkeiten nicht, welche hierbei ins Spiel kämen. Einmal würde die Prinzessin selbst eine leibliche Erklärung in Abrede stellen, und andererseits seien die Kriterien für die Annahme eines krankhaften Zustandes nicht erlenbbar genug, um dem Vorgehen eine gesetzliche Grundlage zu geben, in dieser Hinsicht Bestimmungen vorzunehmen. Vielleicht ist die Vermutung nicht ganz ohne Anhalt, daß Kaiser Franz Joseph im Hinblick auf einen in Kürze erwarteten leiblichen Nachfolger sich vorläufig mit der bloßen Suspendierung der Rechte der Prinzessin als einer österreichischen Erbprinzeßin begnügt hat.

Konserervative Politik.
Der Vorstoß, den der konservative Abgeordnete Hübner von Cetta am Freitag im Abgeordnetenhaus gegen den Generalverwaltungsantrag der Frau Dr. Langemann und Dr. Wirth gemacht hat, um zu verhindern, daß derselbe auf die Sonnabend-Tagung des Reichstages verlegt werde, richtete sich indirekt gegen den Antrag Dr. Wirths und Dr. Wirthers auf Verneinung der Wahlrechte und Gleichstellung der geistlichen Stimmabgabe. Dieser Antrag ist zum Glück nicht angenommen worden. Die Konservative beschränken sich, wie wir oben, gegen die gleichzeitige Verhandlung, sobald der Etat des Ministeriums des Inneren auf die Tagung gebracht wird, Cetta rief an. Die Antragsteller werden selbstverständlich darauf bestehen, daß ihr Antrag, der in unmittelbarer Zusammenhang mit dem Ministerium des Inneren steht, — in das Herbst fällt jede Reform der Wahlgesetzgebung, — nach der bisherigen sonstigen Geschäftsverteilung gleichzeitig mit dem Staatsetat verhandelt wird, um dem er gestellt ist. Die Frage ist von betrieblischer prinzipieller Bedeutung. Wenn das Recht, Beschwerden, die bei der Gesetzgebung zur Verhandlung gebracht werden, zu Antreten zu verweigern, hindert die Beschränkung, so wird auch das wichtigste Recht der Volksherrschaft, nämlich die ausübende Gesetzgebung über die Verschleppung gesetzgeberischer Reformen formell und materiell beschränkt. Man sieht übrigens aus diesen Plänen der Konservativen, welche Angst die Herren vor jeder ernsthaften Reform unserer obsolet gewordenen preussischen Wahlgesetzgebung haben. — Der Etat des Ministeriums des Inneren wird voraussichtlich Mitte nächster Woche zur Verhandlung kommen und es läßt sich schon jetzt voraussagen, daß es dabei zu schwierigen Auseinandersetzungen zwischen Reich und Bund und mit der Regierung kommen wird.

macht hat, um zu verhindern, daß derselbe auf die Sonnabend-Tagung des Reichstages verlegt werde, richtete sich indirekt gegen den Antrag Dr. Wirths und Dr. Wirthers auf Verneinung der Wahlrechte und Gleichstellung der geistlichen Stimmabgabe. Dieser Antrag ist zum Glück nicht angenommen worden. Die Konservative beschränken sich, wie wir oben, gegen die gleichzeitige Verhandlung, sobald der Etat des Ministeriums des Inneren auf die Tagung gebracht wird, Cetta rief an. Die Antragsteller werden selbstverständlich darauf bestehen, daß ihr Antrag, der in unmittelbarer Zusammenhang mit dem Ministerium des Inneren steht, — in das Herbst fällt jede Reform der Wahlgesetzgebung, — nach der bisherigen sonstigen Geschäftsverteilung gleichzeitig mit dem Staatsetat verhandelt wird, um dem er gestellt ist. Die Frage ist von betrieblischer prinzipieller Bedeutung. Wenn das Recht, Beschwerden, die bei der Gesetzgebung zur Verhandlung gebracht werden, zu Antreten zu verweigern, hindert die Beschränkung, so wird auch das wichtigste Recht der Volksherrschaft, nämlich die ausübende Gesetzgebung über die Verschleppung gesetzgeberischer Reformen formell und materiell beschränkt. Man sieht übrigens aus diesen Plänen der Konservativen, welche Angst die Herren vor jeder ernsthaften Reform unserer obsolet gewordenen preussischen Wahlgesetzgebung haben. — Der Etat des Ministeriums des Inneren wird voraussichtlich Mitte nächster Woche zur Verhandlung kommen und es läßt sich schon jetzt voraussagen, daß es dabei zu schwierigen Auseinandersetzungen zwischen Reich und Bund und mit der Regierung kommen wird.

Politisches.

* Der Besuch des kaiserlichen Kronprinzen in Berlin ist noch nicht erwidert worden. Vor Monaten ließ es, daß der deutsche Kronprinz seinen Besuch in den Vereinigten Staaten werde. Zeit ist davon die Rede, daß Prinz Heinrich am 8. April, dem Geburtstag des Königs Christian, in Kopenhagen mit einem deutschen Geschwader angekommen ist. Andererseits wird, wie schon mitgeteilt, aus künftigen Hoffnungen berichtet, daß Kaiser Wilhelm und der Zar am 8. April in Kopenhagen eintreffen werden.

* Staatsminister Dr. Rudolf von Delbrück ist gestern nachmittags in Berlin gestorben. Dr. Rudolf von Delbrück, dessen hervorragende Verdienste um die Einigung des Deutschen Reiches bekannt sind, war von einem Schlaganfall getroffen worden, der eine völlige Lähmung der linken Seite zur Folge hatte. In seinem Arbeitszimmer fiel er plötzlich zu Boden und hat die Bewusstseinslosigkeit wieder erlangt. Der Verstorbene stand im 66. Lebensjahr. Rudolf v. Delbrück studierte die Rechte und zwar eine Zeitlang auch auf der Universität Halle. 1837 trat er beim hiesigen Amtsgericht als Assistent ein, von welchem Posten er nach fünfjähriger Tätigkeit als Hilfsarbeiter ins Finanzministerium beufen wurde. Schon 1848 legte er sein Amt nieder und wurde zum Direktor des Handelsministeriums ernannt, wo er als Direktor für Handel und Gewerbe sich große Verdienste erwarb, u. a. um den Abschluß der Handelsverträge mit Frankreich im Jahre 1862. 1867 wurde Delbrück zum Präsidenten des Bundesstaatsrats ernannt und 1868 zum Mitglied des preussischen Staatsrats ernannt. Seit 1870 war er in hervorragender Weise mit der Reichsgründung beauftragt. Er leitete die Verhandlungen mit dem Kaiser in der Session 1874 und 1875 und die Wahlrechte in Preußen und Venedig. 1873 wurde er von der Leibgarde des Kaisers honoris causa zum Doktor der Rechte ernannt. 1879 bekämpfte Delbrück als Abgeordneter des Kreises Pommern die Wahlrechte des Reichstages, seine jedoch nach Ablauf der Session ohne Wiederwahl ab. Der verdienstvolle Staatsmann wurde 1896 durch Verleihung des Schwarzen Adlerordens ausgezeichnet.

* Die „Nat-Bl.“ hält trotz des Demittes der „Nord. Allg. Bl.“ ihre Behauptung von der Einwirkung des Landwirtschaftsministeriums v. Bobbielki auf die Willkür des scheidungsgerichtlichen Urteils bezüglich des Wirtes a. D. Endell aufrecht und schreibt:

„Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat Herr v. Bobbielki selbst durch Aussagen zu bekannnt, extremen Agavieren sich das Verdienst an der Willkür des scheidungsgerichtlichen Urteils zuzuschreiben. Wir hoffen, daß Herr v. Bobbielki in dieser Beziehung von seinem Schwager nicht ebenso im Stich gelassen wird wie hinsichtlich des „Landesrats“. Es ist lediglich insofern ein Widerspruch, als man Herrn v. Bobbielkis Aussagen zu aufrecht halte, als ob er von einem feineren Reichskaiser in der Angelegenheit gehaltenen Wortes getrieben hätte. Es gab selbstverständlich auch andere Mittel zu dem erwünschten Zweck.“

„Auch hat Herr v. Bobbielki wieder das Wort.“

* Zu dem Verlaufe des Parteifalles des bayerischen Zentrum ist in den „Mittl. Reichs-Nachr.“ folgender Hinweis zu lesen:

„Nach den übereinstimmenden Berichten aller großen Blätter hat der Dr. Helm in den Willkür-Verhandlungen in fast allen Fällen sich folgendermaßen geäußert: „Zeit gekrante Parteien zu erlangen hätten, für das Zentrum Wahlparolen zu prägen, könne es diesem nicht mehr fehlen.“ Und im St. Reichshaus hat der Dr. Helm nach dem Bericht der „Allg. Abendg.“ gesagt: „Und wir haben dafür nicht Protaganda gemacht (damit meine ich nur die Versammlungen), wir haben, so wie ich es habe, die Partei und die Partei erhalten.“ Und er haben für uns agitiert, wie ich. Nachdem so die Parteien für uns eingetreten sind, können wir die Reaktion nicht lassen. Wir geben wohl den Wahlen entgegen.“ Im offiziellen Bericht fehlen diese drei letzten Aussagen auf den Regenten und den Kaiser.

Das ist praktische Politik: Dr. Helm beschimpft den Regenten, löst dann ein Hoch auf ihn ausbringen, und im offiziellen

Reicht freilich er „zufällig“ die Worte, die ihn als Sozialdemokrat kennzeichnen müssen.“

• Eine „Ereignis-Berichterstattung“ hat sich in eine Reduktion verkehrt, selbstverständlich in eine Unterordnung. Der Note über den vierten Absatz ist Herr von Schönerer, Direktor der Reichsanstalt, zu bezeichnen, die das gleichnamige Zentrumblatt herausgibt, versehen worden. Insbesondere auch die Förderung der Sozialdemokratie vollständig gestrichelt durch die „Gemein.“ den unmittelbaren Absatz. Centrum ist Trumpf!

Sozialistisches.

• Wie die „Neue Hamb. Wochenschrift“ erzählt, haben die im Nordatlantischen Ozean für den „Wanderband“ vorgesehenen Gesellschaften und die Gesellschaften, die zum Organen-Zentrum gehören, einen Vertrag geschlossen, wonach den Faktoren faktorielle Mitglieder einmündig wird, so daß die Faktoren, die bei einer Gesellschaft gelist sind, von allen anderen Komponenten zur Partei mit ihren Schritten angenommen werden. Mit Ausnahme der „Wanderband“ gehören alle großen nordatlantischen Gesellschaften der neuen Vereinbarung an. — Gegenüber einer Meldung, daß die „Gamburg-Amerika-Linie“ in diesem Jahre den Passagier-Verkehr mit Duceb und Montreal aufnehmen beabsichtigt, ist die „Neue Hamb. Wochenschrift“ zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachricht unglücklich ist.

Parlamentarisches.

• Das neue Wahlreglement für den Reichstag wird, wie der „Lok.-Anz.“ wissen will, von den Bundesrats-Ausschüssen in den nächsten Tagen beraten werden. Es wird dem Reichstage nicht zur Genehmigung vorgelegt werden, da der Bundesrat zum Erlaß der neuen Bestimmungen der Zustimmung des Reichstages nicht zu bedürfen glaubt. Infolge einer Verständigung unter den Bundesregierungen sollen die Kosten für die zur Ergänzung des Wahlsystems erforderlichen Änderungen auf die Staatskassen der Einzelstaaten übernommen werden. — Uebereinstimmend sind dem genannten Blatt zufolge, nach Abschlüssen des preussischen Wahlreglements in Vorbereitung, die den Zweck haben, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche die Durchführung der Wahlhandlung in den besonders volkreichen Wahlkreisen infolge der großen Zahl von Wahlmännern bietet. Sowie sich bewährt hat, so legte Reichstag.

• Eine Münchener Zeitung hatte die Meldung gebracht, daß Herr von Schönerer die Mitte Februar zur Feststellung der Reichstagsmitglieder zusammenzutreten und sich nach ein oder zwei Sitzungen wieder zu trennen. An unverständlicher Stelle ist davon nichts bemerkt. Nach wie vor besteht die Anwesenheit, das erst nach Ablauf der im Februar und Anfang März zusammenzutretenden Provinziallandtage das Versehen zu klären zu ermöglichen.

• Eine argo Konstantin ist bei den Meldungen über die Ergebnisse der Reichstagswahl in Schleswig-Eckernförde durch das „Wolffsche Bureau“ angeleitet worden. Die letzten Nachrichten vom Sonntag über den Ausfall der Wahl weisen nämlich von den falschen angegebenen erheblich ab. Die neueste Meldung des „Wolffschen Bureaus“ lautet:

Bei der Reichstags-Wahl in Schleswig-Eckernförde sind die Wahlkreise nach dem neuen Wahlsystem gemäß für Herrmann (fr. Bl.) 4985, Hoffmann (C.) 4159, Graf Lievenow (D. u. L.) 3338, Jensen (L.) 2826, Professor Lehmann-Soltenberg 204 Stimmen. — In diese Stimmenzahl sind die erste Wahlzettel der Stadt Eckernförde und fünf andere Bezirke noch nicht eingerechnet; darüber dürfte aber an dem Ergebnisse nur wenig geändert werden.

Am Freitag nachmittag meldete, wie ermittelte, „Wolffs Bureau“, daß der Kandidat der freisinnigen Volkspartei Buchdruckereibesitzer Hoffmann 7611, der antisemitische Händler Graf Meißner 3882, der national-liberale Landbesitzer Hermann 4566, der Sozialdemokrat Hoffmann 5595 und Prof. Hoffmann-Soltenberg 236 Stimmen erhalten habe. — Diese Zahlen hatten wir veröffentlicht, in der berechtigten Meinung, daß sich die Angaben des „Wolffschen Bureaus“ auf amtliche Quellen stützten. Das Mißverständnis wird noch unerklärlicher durch eine Meldung der „Gemein.“ Zeitung, die berichtet, daß sich Freitag nachmittag 4 Uhr „nach der Mitteilung des königlichen Landrats amts“ gemäß seien 6092 freisinnige, 4930 sozialdemokratische, 4554 national-liberale, 3512 antisemitische-bürgerliche und 263 Stimmen für Prof. Hoffmann. Die beiden Zahlen wurden in der „Meier Ztg.“ veröffentlicht. Was sich an dem Eintritte handelt, wird sich ja herausfinden. Die Angaben des „Wolffschen Bureaus“ sind zusammengefaßt. Bemerkenswert ist, daß an dem Wahlsystem selbst auch durch die neueren niedrigen Zahlen nichts geändert wird. Der freisinnige Kandidat hat die meisten Stimmen erhalten und kommt mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl.

• Die Kommission des Reichstages zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfes über das Verbot der Propagandaarbeiten war der Abg. Dr. Dertel (sonst.) zum Vorsitzenden und des Abg. Behner (Ztr.) zu seinem Stellvertreter gewählt.

• Der dem Abgeordnetenhaus angelegene Gesetzesentwurf, betreffend die Gehaltsentzüge für die Reichsanstalten, wird sich im nächsten Monat dem Reichstagen vorlegen lassen.

Parteiangelegenheiten.

• An die Stelle des bisherigen General-Sekretärs der national-liberalen Partei, P. P. P., der ein Reichstagsmandat sich erlangen will, ist der frühere Geschäftsführer der National-Liberalen im Königreich Sachsen, Dr. P. P., getreten.

Verwaltung und Reichsbehörden.

• Bei den verschiedenen Klagen über Ueberschuldung der juristischen Fachleute ist, wie von unverständlicher Seite aus Berlin mitgeteilt wird, es ersichtlich, daß kein großer Zwang zu dem Zwecke der richterlichen Wahrung einmündig in dem Anstalt. Allerdings fordert die Marineverwaltung, daß die Bewerber für die juristischen Stellen ohne Wiederholung besuchten haben und die Bewerber ohne Wiederholung sind. Es mag schwer nicht jedem gerecht und wird doch andererseits nicht gerade erwünscht sein, daß die richterlichen Wahrungsbekanntem dem Befehlshaber einer Flotte oder eines Geschwaders zugewiesen werden können und so große Meilen im Ausland machen müssen. Andererseits sind aber die Marineverwaltungsstellen in jungen Jahren nicht ohne weiteres gewonnen, namentlich auch von anderen Verwaltungen wegen der größeren Heftigkeit der Marineverwaltung erlangen, gerichtet. Bewerber, die zunächst einmündig eintraten, um danach im Verordnungsfall kommissarisch gegen die üblichen Zeiten befähigt zu werden, sind im Gegensatz zur Seeverwaltung bei der Reichsflotte Marine gar nicht vorhanden.

• Das eingehende vereinfachte Verfahren der Klagen ist von dem Reichstagen am 11. März in einer Resolution der D. Z. P. als eine Entscheidung des Reichstages über die Klagen in diesen Betreff auch auf die von fremden

Stellenbesitzverwaltungen verkauften Plakaten unter der Voraussetzung ausgedrückt worden, daß der erstattete Betrag von diesen im Verrechnungsbüro wieder eingegangen wird.

Soziales.

• Wie hätte kürzlich gemeldet, daß der Verband Berliner Sozialdemokraten bei den letzten landwärtlichen Versammlungen des Reiches die Begründung einer einheitlichen Organisation des deutschen Handelslandes in Anregung gebracht hat. Wie wir hören, ist diese Anregung bereits auf landwärtlichen Boden gefallen. Einige 60 große landwärtliche Vereine und Genossenschaften haben sich zum Verband der ersten Zeit ihre Vertretung in die Arbeit gestellt. Auch sind dem Vorstand des Verbandes aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands Zuschriften von Komitees zugegangen, welche als Einzelpersonen dem Vorhaben ihre volle Sympathie versichern und sich zum Beitritt und zur Mitarbeit aus freien Stücken bereit erklären. Weiter ist die Einberufung der projektirten Versammlung bis zum Ende des Monats Februar hinausgeschoben worden, weil von vielen Vereinen der Wunsch geäußert worden ist, ihnen für die Beratung der Angelegenheit im Vorstadium eine längere Zeit zu geben. Die Veranstalter der neuen Vereinigung erklären, daß sie weit davon entfernt sind, sich irgend einer parteipolitischen Richtung anzuschließen, sondern daß sie lediglich das Ziel im Auge haben, durch Schaffung einer einheitlichen Organisation für eine weitere Einflußnahme und weitreichende Beteiligung praktischer Kaufleute öffentlichen Angelegenheiten die Wege zu bahnen.

Der und Flotte.

Am Sonntag-Vormittag fand auf dem Gelände des Infanterie-Bataillons die feierliche Uebergabe der Denkmäler für den am 1. Februar 1902 in Antwerpen verunglückten Hauptmann Vortisch v. Sigel auf das Infanterie-Bataillon statt. Der Feier, bei welcher Oberstleutnant Professor Vortisch die Uebernahme hielt, wohnten der Bruder von Sigel, Kommandeur des 16. Dragonerregiments, und andere Verwandte, Generalleutnant von Vortisch, der Kommandeur des Gardehusars von Westfal, Graf Serpellin u. a., sowie das Infanterie-Bataillon in Paradeuniform bei.

Das Urteil gegen den Oberleutnant v. Grauert, der wegen Zweckmissens mit üblichem Ausmaß zu zweijähriger Gefängnisstrafe verurteilt wurde, ist dem Kaiser durch den Präsidenten des Reichsoberverwaltungsamtes v. P. v. P. einmündig eingereicht worden.

• Die „Nord.-Allg. Ztg.“ stellt fest, daß die Meldung der „Neuen Polit. Kor.“, daß für die Generale und die Kavallerie neue hochgraue Uniformröcke nach Art der deutschen österreichischen eingekauft werden sollen, auf Gerüchten beruht.

• Generalleutnant a. D. v. W. ist in Berlin gestorben. Vor seiner letzten Dienststellung war derselbe Inspektor der III. Infanterie-Brigade.

• Der König der Belgier empfing am Sonntag in Brüssel die Offiziersdeputation des in Colmar garnisonierten Dragonerregiments, die dem Könige das ihm vom Kaiser Wilhelm verliehene Ehrenkreuz des Königs überreichte. Nachdem der Führer der Abordnung die Auszeichnung überreicht hatte, teilte er dem Könige mit, daß in Colmar fünfzig Offiziere von dem 16. Dragonerregiment beurlaubt werden würden, um die 25. Wiederkehr des Tages der Erhebung des Königs zum Chef des Regiments zu feiern, und sprach den Wunsch aus, der König möge sich bei diesen Offizieren durch einige beglückende Worte betheiligen lassen. Nach dem Empfange durch den König bedankte sich die Offiziers- und die deutsche Gesellschaft und dankte weiter dem Kriegsminister und dem Minister des Innern für die Beweise der Aufmerksamkeit, die ihnen bei der Veranlassung der Reise erwies. Der König erwiderte, daß er die Beweise der Aufmerksamkeit sehr hoch ansehe und die glückliche Regierung zu sein werden lassen möge. Vor dem Innern überreichte der König dem Oberleutnant v. W. die Denkmäler des Königs und des Königs v. W. und v. Steiger das Mittelkreuz desselben Ordens.

• Der Kommandeur „Sibiria“ ist am 29. Jan. von Puerto Caballo nach Gurgoo in See gegangen. Der Kommandeur ist am 30. Jan. in Gurgoo eingetroffen. — Der Kommandeur „Sibiria“ mit dem 2. Kommando des Kreuzerregiments, Kommandeur Graf v. Baudissin, an Bord, und S. M. S. „Tiger“ sind am 31. Jan. von Sontung nach Canton in See gegangen.

Verordnungen und Anordnungen.

• In Dortmund wurde gestern die dritte Jahresversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands eröffnet. Der Vorsitzende drückte die Uebersichtlichkeit der christlichen Bergarbeiter mit der Rede des Reichstages in Berlin aus. Abhandlung wurde an den Kaiser in Gurgoo im Namen des Reichstages überreicht. Die Resolution ist dem Reichstagen überreicht. In den letzten Jahren erfolgte bedeutende Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne. Bedeutender als im Herbstverbreiter waren die Lohnrückstellungen im Siegerland. Eine besondere Uebersichtlichkeit ist in Betracht der bis heute existirenden Uebersichtlichkeit und Uebersichtlichkeit nicht gerechtfertigt. Die Gewerkevereinsversammlung wird beschließen, eine geeignete Regelung der Löhne durch Vermittelung der Gewerke und Arbeitgeber. — In einer ebenfalls angenommenen Resolution ist Entschlossenheit über die Bergarbeiterreform besteht es:

• Die Bergarbeiter wachen noch immer auf die regierungsmäßig bereits in Aussicht gestellte Reform des Reichs 7 des Allgemeinen Berggesetzes betreffend die Knappschaftsvereine. Von einer weiteren Reform des Berggesetzes, für welche schon bei Schaffung der Berggesetzkommission 1891 zahlreiche Abgeordnete eintraten, verhandelt es sich nicht. Der Gewerkeverein hatte i. J. in einer Denkschrift seine Forderungen eingeleitet. An diesen Forderungen hält die Generalversammlung noch wie vor fest.

• Der Reichstag hat die Generalversammlung die Errichtung eines Berggesetzes regelt für das Siegerland; die Errichtung von Bergwerken in der Provinz Westfalen unter Aufsicht der Bergverwaltung, die Errichtung von Bergwerken in der Provinz Westfalen und schließlich die Schaffung von Arbeitsämtern. Auch die Regelung der veränderten Stellung der Bergarbeiter bzw. ihrer Lehrlinge und Bergarbeiter wurde gefordert und alsdann die Generalversammlung geschlossen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 31. Januar, 11 Uhr.
Am Ministertisch: v. P. v. P. u. a.
Die zweite Beratung des Entwurfs der landwirtschaftlichen Verwaltung wird fortgesetzt beim Extraordinarum.
Der Reichstag hat die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den öffentlichen Finanzen 220,000 Mark (20,000 Mark mehr als im Vorjahre) bewilligt.

Abg. Brück (Ztr.) wirksamem Schutz gegen den Schaden durch Ueberschuldungen und Wasserentziehungen in Oberpreußen, namentlich im Kreis Grottau.
Bei den Titeln „weitere Beihilfen für den Sozialdemokraten in Niederschlesien im ganzen 60,000 Mark“ dankt.
Abg. Engel (L.) der Regierung für die Zugewandungen. Der Reichstag hat ein Gesetz über die Sozialdemokraten in Schlesien und eventuell auch in Brandenburg für als Titel 1 Millionen Mark eingeleitet.
Abg. Müller-Schmidlin (Ztr.) hält die Anträge von Sozialdemokraten und Zählern für das einzige Mittel, um die Wohlthätigkeit in Niederschlesien wirksam entgegenzusetzen.
Zum Schluss der Sitzung hat der Reichstag ein Gesetz über die Sozialdemokraten in Schlesien und eventuell auch in Brandenburg für als Titel 1 Millionen Mark eingeleitet.

Abg. v. Tschammer (sonst.) bemerkt, die Regierung sei keine Unzufriedenheit gegenüber dem Minister; man habe in der Kommission nur Bedenken hinsichtlich gewisser Einzelheiten des Gesetzes gehabt und bitte im nächsten Jahre genauere Klärung vorzulegen. Die Notwendigkeit des Neubaus an sich werde nicht verkannt.

Der Titel wird nach dem Antrage der Kommission genehmigt.
Der Rest des landwirtschaftlichen Entwurfs wird debattiert erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes etc. a. S., der in der Diplomatenvorlesung v. Dettlingen behandelt.
In seinem einleitenden Vorwort zu den Anträgen bemerkt der Reichstag v. Tschammer, daß die Sozialdemokraten in Schlesien und Preußen nicht als solche unter dem Reichstag sind. Trotzdem haben die Reichstag nicht für erforderlich gehalten, den Anträgen des Reichstages Folge zu leisten. In der Kommission ist der Reichstag v. Tschammer vorgeworfen worden, daß sich nicht als einmündig geglaubt, daß der Reichstag v. Tschammer nicht als einmündig geglaubt hat. Die Reichstag v. Tschammer sind von einem Kommissar interessiert worden, das Älteste der Sozialdemokraten kommt aus dem Jahre 1878, die übrigen aus den Jahren 1897-1902.

Abg. Dr. Brück (Ztr.) zur Uebersichtlichkeit. Der Reichstag hat die Uebersichtlichkeit, die in der Sozialdemokraten in Schlesien und Preußen nicht als solche unter dem Reichstag sind. Trotzdem haben die Reichstag nicht für erforderlich gehalten, den Anträgen des Reichstages Folge zu leisten. In der Kommission ist der Reichstag v. Tschammer vorgeworfen worden, daß sich nicht als einmündig geglaubt, daß der Reichstag v. Tschammer nicht als einmündig geglaubt hat. Die Reichstag v. Tschammer sind von einem Kommissar interessiert worden, das Älteste der Sozialdemokraten kommt aus dem Jahre 1878, die übrigen aus den Jahren 1897-1902.

Abg. Brück (Ztr.) sagt: Seit Jahren sind die Reichstag in Schlesien und Preußen nicht als solche unter dem Reichstag sind. Trotzdem haben die Reichstag nicht für erforderlich gehalten, den Anträgen des Reichstages Folge zu leisten. In der Kommission ist der Reichstag v. Tschammer vorgeworfen worden, daß sich nicht als einmündig geglaubt, daß der Reichstag v. Tschammer nicht als einmündig geglaubt hat. Die Reichstag v. Tschammer sind von einem Kommissar interessiert worden, das Älteste der Sozialdemokraten kommt aus dem Jahre 1878, die übrigen aus den Jahren 1897-1902.

Abg. Brück (Ztr.) sagt: Seit Jahren sind die Reichstag in Schlesien und Preußen nicht als solche unter dem Reichstag sind. Trotzdem haben die Reichstag nicht für erforderlich gehalten, den Anträgen des Reichstages Folge zu leisten. In der Kommission ist der Reichstag v. Tschammer vorgeworfen worden, daß sich nicht als einmündig geglaubt, daß der Reichstag v. Tschammer nicht als einmündig geglaubt hat. Die Reichstag v. Tschammer sind von einem Kommissar interessiert worden, das Älteste der Sozialdemokraten kommt aus dem Jahre 1878, die übrigen aus den Jahren 1897-1902.

Abg. Brück (Ztr.) sagt: Seit Jahren sind die Reichstag in Schlesien und Preußen nicht als solche unter dem Reichstag sind. Trotzdem haben die Reichstag nicht für erforderlich gehalten, den Anträgen des Reichstages Folge zu leisten. In der Kommission ist der Reichstag v. Tschammer vorgeworfen worden, daß sich nicht als einmündig geglaubt, daß der Reichstag v. Tschammer nicht als einmündig geglaubt hat. Die Reichstag v. Tschammer sind von einem Kommissar interessiert worden, das Älteste der Sozialdemokraten kommt aus dem Jahre 1878, die übrigen aus den Jahren 1897-1902.

Abg. Brück (Ztr.) sagt: Seit Jahren sind die Reichstag in Schlesien und Preußen nicht als solche unter dem Reichstag sind. Trotzdem haben die Reichstag nicht für erforderlich gehalten, den Anträgen des Reichstages Folge zu leisten. In der Kommission ist der Reichstag v. Tschammer vorgeworfen worden, daß sich nicht als einmündig geglaubt, daß der Reichstag v. Tschammer nicht als einmündig geglaubt hat. Die Reichstag v. Tschammer sind von einem Kommissar interessiert worden, das Älteste der Sozialdemokraten kommt aus dem Jahre 1878, die übrigen aus den Jahren 1897-1902.

Abg. Brück (Ztr.) sagt: Seit Jahren sind die Reichstag in Schlesien und Preußen nicht als solche unter dem Reichstag sind. Trotzdem haben die Reichstag nicht für erforderlich gehalten, den Anträgen des Reichstages Folge zu leisten. In der Kommission ist der Reichstag v. Tschammer vorgeworfen worden, daß sich nicht als einmündig geglaubt, daß der Reichstag v. Tschammer nicht als einmündig geglaubt hat. Die Reichstag v. Tschammer sind von einem Kommissar interessiert worden, das Älteste der Sozialdemokraten kommt aus dem Jahre 1878, die übrigen aus den Jahren 1897-1902.

Abg. Brück (Ztr.) sagt: Seit Jahren sind die Reichstag in Schlesien und Preußen nicht als solche unter dem Reichstag sind. Trotzdem haben die Reichstag nicht für erforderlich gehalten, den Anträgen des Reichstages Folge zu leisten. In der Kommission ist der Reichstag v. Tschammer vorgeworfen worden, daß sich nicht als einmündig geglaubt, daß der Reichstag v. Tschammer nicht als einmündig geglaubt hat. Die Reichstag v. Tschammer sind von einem Kommissar interessiert worden, das Älteste der Sozialdemokraten kommt aus dem Jahre 1878, die übrigen aus den Jahren 1897-1902.

Abg. Brück (Ztr.) sagt: Seit Jahren sind die Reichstag in Schlesien und Preußen nicht als solche unter dem Reichstag sind. Trotzdem haben die Reichstag nicht für erforderlich gehalten, den Anträgen des Reichstages Folge zu leisten. In der Kommission ist der Reichstag v. Tschammer vorgeworfen worden, daß sich nicht als einmündig geglaubt, daß der Reichstag v. Tschammer nicht als einmündig geglaubt hat. Die Reichstag v. Tschammer sind von einem Kommissar interessiert worden, das Älteste der Sozialdemokraten kommt aus dem Jahre 1878, die übrigen aus den Jahren 1897-1902.

Rotkäppchen-Sekt

Kloss & foerster

Wegen Einricht. elektr. Beleucht. habe ich je 3 amerikan. u. dreifachm. **Gaskronen**, fast neu zu verkaufen. W. F. Wollmer.

Hochf. Sauroffel, à Pfund 6 S., **hochfeine Erdellen**, à Pfund 1, 100 S., **ausstehende Säulenruchte officin. A. Trautwein**, Gr. Hirschstr. 31.

Rainebutter 10 Pfund-Kolli f. 2,50, f. Einzelbutter 4 680, 5 Pfund Butter, 5 Pfund Bienenhonig 5 50, **Salzer & Co.**, Exporthaus, Linde 64 (via Westlau).

Größere Posten Saat- u. Zweite-Kartoffeln, Ziegen, Dammhül, Bund der Landwirte, Buch Wisnack, haben billigst abzusetzen. **Gebr. Nagel, Halle-Crotha.**

Wenn Sie **HONIG**, wenn Sie Ihre Gesundheit erhalten wollen, Garant. reinen Blütenhonig, hervorragend schone Qual. 1 Pfund 75 S., bei 5 Pfund 70 S., empf. **Carl Boock**, Breite 1 u. Markt 2 Hotel Europa 12.

Adressbuch für Halle und Vororte

36. Jahrgang. 1903 Verlag Otto Hendel.

Der angekündigte **Nachtrag**, enthaltend Veränderungen bis Ende Januar, mehrere neue Ortsstatute u. s. w., ist erschienen und wird allen Käufern unseres Adressbuches gegen Vorlegung des dem Adressbuch vorgebestellten grünen Nachtragszettels in unseren Geschäftsstellen **Große Brauhausstraße 17 und Marktplatz 24** unentgeltlich ausgehändigt. Verlag des Adressbuches für Halle und Vororte. **Otto Hendel.**

Schule für Zucker-Industrie zu Braunschweig.

Errichtet 1872 vom Staat inbentionierte Lehranstalt. Erweitert 1876. Schüler: Betrag 1191 Personen. Beginn Vorlesung 13. Febr., Braunschweig 3. März 1903. Die Direktion: Prof. Dr. Frühling und Dr. Rössing.

Schreibmaschine Edelman

Preis Mark 115.— unübertroffen an Einfachheit, Leistungsfähigkeit, Haltbarkeit. Gesellschaft für Mech. Industrie m. B. H. Frankfurt a. M.

Anatomisch-physiologische Heil- und Kunststalt: Aufbereitung von Blutgefäßwunden für leidende Füße, wie für Blutflüsse, Stumpflüße, Profibrücken, Stiefeln der Füße, Umfänger nach außen, sowie nach innen, umfängeres Ausreten bei Gewandwunden, sowie bei Kindern, Vorbeugung der Blutflüsse, wo nach bösem Aufgehoben vorhanden u. sich nach schon Schwaige u. Gerüstma sehr Gehirnt Wundenans u. früh 7 bis abends 7 Uhr, Sonntags früh von 11-12 Uhr.

Joh. Jajzycek, Zahnmediziner, Halle a. S., Gröbner 27. **Verfasser und theoretisch ausgebildet.** Inhaber eines Anerkennungs-Diploms einer hochsch. unterrichteten Lehranstalt auf Grund wissenschaftl. vom Königl. Ministerium des Innern genehmigter Bestimmungen. - Bericht 1906. - Eigene Leichenbeschneiderei, Grabmäler-Bereitstellung u. s. w. u. s. w.

Loeßlund's Präparate

Heines concentrirte **Malz-Extract** Diasteticum bei Husten, Katarrh, Influenza. **Leberthran-Emulsion** bester und wirksamste Leberthran. **Milchzucker, chem. rein** (u. Prof. v. Soxhlet's Verf.) **Derseibe auch mit Nährsalzen** anerkannt beste Säuglingsnahrung. **Milchzwieback** zu Kraftsuppen für zarte, schwächliche Kinder. **Malz-Suppen-Extract** für magendarmkranke Kinder.

In Apotheken und Drogerien, en gros von der Fabrik von **Ed. Loeßlund & Co., Grumbach bei Stuttgart.**

empfehlen sich selbst.

Gestüt Zechlau Westpr.

Bahnhof der Eisenbahnlinie Schlochau-Wummelsburg. offeriert zu mäßigen Preisen: **12 fünfjährige fehlerfreie Reitperde** für mittleres und schweres Gewicht und **5 Paar fehlerfreie Wagenperde.** Alles Pferde eigener Zucht.

Für den Einzelgenuss verantwortlich: **Reich König in Halle.**

Tapissiererei! Das aus der van Raay'schen Konfuzsmasse hervorgehende Tapissierwarenlager soll **Poststrasse 10** noch weiter zu sehr billigen Preisen ausverkauft werden.

Chr. Lorenz, Hoflieferant, Erfurt Samen- und Pflanzenhandlung, etabl. 1834, Kunst- und Handels-Gärtner, sendet sein soeben erschienen, reich illustriertes **Haupt-Preisverzeichnis für 1903** allen Interessenten auf Wunsch gratis und franko.

W. L. Behnke, Lübeck, gegründet 1814. **Bordeaux-, Gindweine u. Spirituosen, Eduard Hauth, Königl. Hoflieferant, Düsseldorf und Cues-Berncastel, Weinproduzent in Wehlen bei Josefsdorf, Suesialität: 1304** **Wosel-, Saar- und Rheintweine.** Man verlange Preisliste und Proben. **Vertreter: Ferd. Ahrens, Magdeburg, Lebendobstische 9.**

DAVID'S MIGNON-KAKAO Preis Mk. 1,60, 1,50, 2,00 u. 2,40 ist das feinste Fabrikat der Neuzeit. **FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.**

DAVID'S MIGNON-SCHOKOLADE Preis ¼ Pfd. Packet 40, 50, 60 Pfg ist das feinste Fabrikat der Neuzeit. **FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.**

Nur in Packeten mit vollen Firmen-Ausdruck sind **Zuntz Gebramte Kaffees** a. W. 1,20, 1,40, 1,50, 1,60, 1,70, 1,80, 1,90, 2,00 u. 1/2 Kilo. Verkaufsstellen durch Firmenbücher kenntlich.

Dr. Schrader, Magdeburg, seit 1802 Amt **Führer, Cuj., Examen** **Abit., Prim., Sekund., Examen** kleine Abtheilungen, exakt, wenn monat. Proben. Vertritt die neuesten glänzende Erfolge.

Deutsche Seemanns-Schule Hamburg-Waltershof **Practisch-theoretische Vorbereitung und Unterweisung in den Fächern: A. u. B. Besondere Beachtung der Navigation.**

Zum Stimmen empfiehlt sich **H. Maercker, Lindenstraße 7** **3127** **Waldstraße**, durch **Hilf. Schreiberhof 1, d. n. Markt.**

Margarine, vorzügl. im Geismack, das Pfd. v. 60 Pf. an. **Frisches süßes Pflaumenmus**, Pfund 20 Pfg. **Apfelsinen**, feinste saftige Frucht, Stück 5 Pfg. **Angeweihte Gutsbutter**, Stück 48 Pfg. **Hochfeine Molkerei-Butter**, Pfund 110 Pfg. **Georg Holtzhausen**, Leipzigerstr. 1, Mitglied des Rabatt-Verbands.

KNORR'S Fabrikate

Knorr's Hafermehl beste Kindermahrung

Knorr's Grünerextract Knorr's Relsmehl Knorr's Gerstenmehl Knorr's Hafergrütze für vorzügl. Schleimsuppen

Knorr's echter Topfoc sehr leicht verdaulich.

Knorr's Erbsenwurst für delikate Fleischsuppen

Knorr's Suppentafel zur schnellen Herstellung arom. u. wünschmücker Suppen. Nur mit Wasser zubereiten!

Knorr's Jullene (gemischte Suppenkräuter) und unentbehrlich in jedem Haushalt, weil ausgiebig im Gebrauch und billig im Einkauf. In stets frischer u. tadelloser Ware empf. **Ernst Ochs, Leipz. Str.**

Brennkartoffeln, gute, gesunde, fast jeden Boden anbau vorzuziehende Staße **Fr. Geissler, Gäßheim, Rheinfalz.**

St. Jakobs-Balsam, Preis Mk. 1,20 (gesetzlich geschützt.) **Vorzügliche Heilsalbe für Wunden aller Art, offene Stellen, Krampfadern, Wundsein d. Kinder, Hautentzündungen u. Hämorrhoiden.** Bestandtheile: Carbolzinkoxyd 24 gr. Jaffa und Cacaoöl 80,0. Zu haben in der **St. Jakobs-Apothek v. C. Trautmann, Basel (Schweiz)** oder in d. **Hirsch-Apothek.**